

DEUTSCHE INDUSTRIE- UND
HANDELSKAMMER E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN
INDUSTRIE E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN
HANDWERKS E. V.
Mohrenstr. 20/21
10117 Berlin

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN
ARBEITGEBERVERBÄNDE E. V.
Breite Str. 29
10178 Berlin

BUNDESVERBAND DEUTSCHER
BANKEN E. V.
Burgstr. 28
10178 Berlin

GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN
VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT E. V.
Wilhelmstr. 43/43G
10117 Berlin

HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND
(HDE) E. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

BUNDESVERBAND GROSSHANDEL,
AUSSENHANDEL, DIENSTLEISTUNGEN E. V.
Am Weidendamm 1A
10117 Berlin

Bundesministerium der Finanzen
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin

per E-Mail:

22. Mai 2025

Vereinfachung von Steuerregelungen und Aussetzung der Mindeststeuer zum Schutz der europäischen Wirtschaft

Sehr geehrte

die Entwicklungen in den USA werfen große Unsicherheiten auf, ob und inwieweit auf internationaler Ebene erarbeitete Steuerprojekte tatsächlich in allen maßgeblichen Volkswirtschaften angewendet und gleichmäßig administriert werden. Dieses ist für die Wettbewerbsfähigkeit der weltweit erfolgreich agierenden deutschen Unternehmen von besonderer Bedeutung, um auch weiterhin im internationalen Wettbewerb bestehen zu können.

Mit Blick auf die bereits erfolgte Umsetzung der Globalen Mindeststeuer auf europäischer Ebene sollte bedacht werden, dass die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft

nicht durch eine einseitige Anwendung im Binnenmarkt untergraben wird. Große Volkswirtschaften wie die USA, Indien und China wenden die Regelungen zurzeit nicht an. Zudem drohen Gegenmaßnahmen aus den USA bei Anwendung bestimmter Regelungen der internationalen Vereinbarung. Wir plädieren dafür, Säule 2 zumindest vorübergehend auszusetzen, bis ein breiter internationaler Konsens hinsichtlich einer gleichmäßigen weltweiten Anwendung erzielt wurde und alle international agierenden Unternehmen erfasst sind. Bis dahin sollten technisch dringend erforderliche Vereinfachungen auf OECD- und EU-Ebene vorangetrieben werden. Einige Vorschläge für entsprechende Vereinfachungen bei der Mindeststeuer auf OECD-Ebene haben wir in der Anlage 1 dargelegt.

Mit großem Interesse haben unsere Unternehmen auch die Schlussfolgerungen des ECOFIN-Rates im März zur Kenntnis genommen, in denen eine Vereinfachung der europäischen Steuerregelungen angekündigt wird. Eine umfassende Bereinigung der komplexen und bürokratieaufwändigen europäischen Vorschriften würde einen wichtigen Beitrag zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen und zur Reduzierung der regulatorischen Hürden innerhalb der EU darstellen. Beigefügt haben wir unseren Brief an die EU-Kommission vom 7. März 2025 (Anlage 2), der weitergehende Vorschläge enthält.

Wir möchten Sie bitten, sich weiterhin intensiv auf OECD- und EU-Ebene für die Schaffung eines globalen Level-Playing-Fields für europäische Unternehmen und eine durchgreifende Vereinfachung der Mindeststeuerregelungen einzusetzen.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

DEUTSCHE INDUSTRIE- UND
HANDELSKAMMER E. V.

BUNDESVERBAND DER DEUTSCHEN
INDUSTRIE E. V.

ZENTRALVERBAND DES DEUTSCHEN
HANDWERKS E. V.

BUNDESVEREINIGUNG DER DEUTSCHEN
ARBEITGEBERVERBÄNDE E. V.

BUNDESVERBAND DEUTSCHER
BANKEN E. V.

GESAMTVERBAND DER DEUTSCHEN
VERSICHERUNGSWIRTSCHAFT E. V.

HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND
(HDE) E. V.

BUNDESVERBAND GROSSHANDEL
AUSSENHANDEL, DIENSTLEISTUNGEN E. V.

Zusammenfassung

Die jüngsten Entwicklungen in den Vereinigten Staaten in Bezug auf das globale Steuerabkommen der OECD stellt eine Bedrohung für die Wettbewerbsfähigkeit weltweit erfolgreicher deutscher Unternehmen dar. Wir plädieren dafür, in Anbetracht der aktuellen Entwicklungen bei der Mindeststeuer die Umsetzung dieser Richtlinie zumindest vorübergehend auszusetzen, um breiten internationalen Konsens zu erzielen und die dringend erforderlichen Vereinfachungen auf OECD-Ebene voranzutreiben. Einige Vorschläge zur Vereinfachung und Verbesserung auf OECD-Ebene legen wir mit dieser Stellungnahme dar. Sie betreffen sowohl einen permanenten CbCR-Safe Harbour als auch die Vollberechnung.

Inhaltsverzeichnis

1. Verbesserung des temporären CbCR-Safe-Harbour und diesen als dauerhafte Vereinfachungsmaßnahme etablieren.	2
2. Vereinfachungsvorschläge für die Vollberechnung	5
a) Einheitliche Verwaltungsverfahren	5
b) Umfassende Berücksichtigung von latenten Steuern auf Basis der Rechnungslegung (statt nur bis zu 15 % und für temporäre Differenzen von fünf Jahren).	5
c) Sonderregime für Investmenteinheiten abschaffen oder zumindest vereinfachen ...	6
d) Flexibilisierung der Equity Investment Inclusion Election (§ 39 MinStG)	8
e) Erleichterungen hinsichtlich der geforderten Datenqualität für sog. unwesentliche Einheiten	9
f) Vermeidung von der Konzernrechnungslegung abweichender Werte des bilanzierten Vermögens.	9
3. Weitere Vorschläge	10
a) Verteilung der Top-up Tax auf die verursachenden Einheiten	10
b) Integration von länderspezifischen Steueranreizen in die Mindeststeuerregelungen	10
c) Steuererstattungen für Vorjahre	11
d) Berücksichtigung der steuerlichen Qualifikation von Finanzierungen bei der GloBE-Ermittlung	12
e) Berücksichtigung von Joint Ventures und Joint-Venture-Gruppen.....	13

1. Verbesserung des temporären CbCR-Safe-Harbour und diesen als dauerhafte Vereinfachungsmaßnahme etablieren.

Dauerhafte Safe Harbours, die eine echte Vereinfachung bieten, sind entscheidend für die Effizienz von Säule 2: Sie ermöglichen es sowohl multinationalen Unternehmen als auch Steuerbehörden, ihre Bemühungen und Ressourcen auf tatsächlich niedrig besteuerte Situationen zu konzentrieren, während sie einen vereinfachten Ansatz für Hochsteuerfälle bieten. Damit ein Safe Harbour wirksam ist, sind folgende Faktoren wichtig:

- Die Komplexität der Modellregeln resultiert nicht nur aus einigen komplizierten Anpassungen, sondern auch aus der großen Anzahl weniger komplexer Anpassungen. Daher muss ein Safe Harbour eine echte Verschlankung bieten, bei der Steuerpflichtige vorhandene Daten nutzen können, ohne zahlreiche Anpassungen vornehmen zu müssen.
- Es sollte ein „Gateway-Ansatz“ verwendet werden, d. h. es sollten in einem ersten Schritt mittels vereinfachter Safe-Harbour-Tests die risikolosen Fälle herausgefiltert werden. Nur falls diese Tests nicht bestanden werden, erfolgt eine detailliertere Berechnung.
- Der Safe Harbour muss auf bestehenden Berichtssystemen und Konzernabschlüssen aufbauen, um Investitionen zu minimieren und eine Arbitrage zwischen verschiedenen Rechnungslegungsstandards zu vermeiden.
- Zudem erachten wir es als sachgerecht, die mangels Werthaltigkeit nicht aktivierten latenten Steuern, zum Beispiel auf Verlustvorträge oder Steuergutschriften, analog zu den Grundsätzen der Vollberechnung bereits für Zwecke des Safe Harbour Tests zu berücksichtigen. Das gleiche gilt für eine Nichtaktivierung aus anderen Gründen, wie z. B. bei einem bestehenden Wahlrecht nach § 274 Abs. 1 S. 2 HGB. Die Nichtberücksichtigung führt in verlustreichen Jurisdiktionen oftmals zu dem Nichtbestehen des CbCR-Safe Harbour und zu einem hohen Aufwand für die Durchführung der Vollberechnung, die im Ergebnis in der überwiegenden Anzahl der Fälle zu keiner steuerlichen Implikation führen sollte, da die nicht aktivierten latenten Steuern im Rahmen der Vollberechnung ebenfalls die ETR beeinflussen werden. Die Nichtberücksichtigung bei den temporären Safe Harbour Regeln führt daher nur zu einem erheblichen Verwaltungsaufwand auf Seiten der Unternehmen in den ersten drei Jahren und keinerlei wesentlichen steuerlichen Vorteilen für die Finanzverwaltung.

Im Juli 2024 hat BIAC der OECD einen Vorschlag für einen dauerhaften CbCR basierten Safe Harbor vorgelegt. Den Vorschlag haben wir als Anlage 1a beigefügt. Diesen auf Berichtspaketen beruhenden Ansatz unterstützen wir grundsätzlich. Optional sind weitere Modifikationen denkbar, um mögliche Verwerfungen der ETR zu vermeiden. Zum einen könnten passive latente Steuern umfassender berücksichtigt werden. Dabei kann eine Ausnahme mit Blick auf missbräuchliche Gestaltungen und solche Fälle erfolgen, bei denen es zu einem erheblichen zeitlichen Auseinanderfallen von handels- und steuerrechtlich zu berücksichtigendem Aufwand der Periode kommt. Zudem sollten insbesondere steuerfreie Effekte im Beteiligungsbereich umfassend eliminiert werden können.

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch ein Outscoping bestimmter Länder aus dem Anwendungsbereich von Pillar 2 (White List). Zudem sollte auf die once-out/always-out-Regelung verzichtet werden: Auch wenn ein Land den vereinfachten Safe-Harbour-Test nicht besteht, sollte für dieses Land in den folgenden Jahren wieder die Safe-Harbour-Berechnung zur Verfügung stehen. Dies ist essenziell, um den Safe-Harbour als dauerhafte Vereinfachungsmaßnahme zu etablieren.

Es sollte zusätzlich auch die Einführung eines Safe-Harbours auf Basis eines globalen Blendings überlegt werden. Die Mindestbesteuerungsquote würde mit einem Sicherheitsabstand oberhalb von 15 % festgelegt. Datengrundlage hierfür sollte der Konzernabschluss sein. Steuerhoheitsgebiete mit einem Nominalsteuersatz unterhalb einer bestimmten Grenze (z. B. 9 % in Anlehnung an die Subject-to-tax rule) könnten hiervon ausgenommen werden. Für diese kann dann der jurisdiktionale Safe-Harbour angewendet werden.

Konzerninterne Übertragungen von Assets im Übergangszeitraum

Ein permanenter Safe-Harbour würde wohl auch zu einer Verlängerung des Beobachtungszeitraums nach § 82 Abs. 3 MinStG führen. Im Rahmen der Übergangsvorschrift ist für alle konzerninternen Transaktionen nach dem 30. November 2021 bis zur erstmaligen Anwendung der Vollberechnung im Grundsatz eine Buchwertfortführung vorzunehmen. Nur im Rahmen der Rückausnahme ist die Fortführung der in der Rechnungslegung erfassten Werte zulässig. Es kann daher zu einer Abweichung von der Rechnungslegung kommen.

Diese Regelung hat überschießende Wirkung, da sie jeder konzerninternen Transaktion eine missbräuchliche Intention unterstellt. Die Prüfung und Dokumentation der Besteuerung der jeweiligen Transaktionen führt zu erheblichem administrativem Mehraufwand. Die Norm des § 82 Abs. 3 MinStG sollte auf Anwendungsfälle mit missbräuchlicher Intention beschränkt werden. Die Beweislast darf nicht generell und für jegliche Transaktion beim Steuerpflichtigen liegen.

Akzeptanz der in den Unternehmen vorhandenen Reporting Packages

Die Mindeststeuer hat zwar zum Ziel, dass Rechnungslegungsdaten für die erforderlichen Berechnungen verwendet werden können; allerdings wird dies nicht erreicht. Als Startpunkt werden Rechnungslegungsdaten der einzelnen Einheiten gefordert, die de facto in der Qualität von Einzelabschlüssen nach dem Konzernrechnungslegungsstandard (oft IFRS) vorliegen müssen. Erstellt werden im Konsolidierungsprozess aber nur sog. Reporting Packages bzw. HB II. Ein besonders praxisrelevanter Fall ist die Abbildung konzerninterner Leasing-Verhältnisse als normales Mietgeschäft an Stelle der Abbildung nach IFRS 16. Sie bilden konzerninterne Vorgänge oft vereinfacht ab – ausreichend für Konsolidierungszwecke (entsprechend dem Konzernrechnungslegungsstandard), aber nicht dem Standard eines IFRS-Einzelabschlusses entsprechend. Hier müssen dann Anpassungen allein für Mindeststeuerzwecke vorgenommen werden, was zu zusätzlichem unverhältnismäßigem Aufwand führt, der im Ergebnis zu keiner wesentlichen Auswirkung auf ein potentiell Mindeststeueraufkommen führt, da sich die gewinnwirksamen Effekte solcher Sachverhalte im Regelfall über die Laufzeit der Verträge ausgleichen.

Petition:

Es sollte weitergehend als derzeit ermöglicht werden, ohnehin in den Unternehmen vorhandene Rechnungslegungsdaten zu verwenden, ohne dass diese angepasst werden müssen. Konsolidierungspakete enthalten in der Regel auch Wesentlichkeitsschwellen für die Konzernberichterstattung sowie Vereinfachungen bei der Anwendung relevanter Rechnungslegungsstandards. Dies wäre ein weiterer Grund, warum die Konsolidierungspakete (in unveränderter Form) als Ausgangspunkt für die GloBE-Berechnungen herangezogen werden sollten. Nach aktueller deutscher Mindestbesteuerungsgesetzgebung müssen jedoch Anpassungen an den Konsolidierungspaketen vorgenommen werden, um die Auswirkungen der Anwendung

solcher Wesentlichkeitsschwellen auszuschließen. Hierfür müssen die Unternehmen die Höhe dieser Anpassungen ermitteln, was zusätzlichen Aufwand und zusätzliche Kosten verursacht. Grundsätzlich sollte der in den Reporting-Daten ausgewiesene Gewinn / Verlust als Startpunkt für die Berechnungen verwendet werden dürfen. Dies gilt auch für die Vollberechnung.

2. Vereinfachungsvorschläge für die Vollberechnung

a) Einheitliche Verwaltungsverfahren

Zur weiteren Vereinfachung des Compliance-Prozesses befürworten wir einheitliche Fristen auf EU-Ebene für die Einreichung der Steuererklärungen. Die unterschiedlichen Fristen in den Ländern führen dazu, dass der unternehmensseitige Datenbeschaffungsprozess zeitlich so geplant werden muss, dass für den frühestmöglichen Zeitpunkt (z. B. Belgien für die QDMTT-Steuererklärung: 30.11.2025) bereits alle notwendigen Daten vorhanden sein müssen.

Die unterschiedlichen Anforderungen zwecks Registrierung / Benachrichtigung in den Jurisdiktionen führt ebenfalls unternehmensseitig zu einem erheblichen Koordinations- und Organisationsaufwand. Ein einheitliches Vorgehen in diesem Bereich erachten wir ebenfalls als kleine Vereinfachung ohne wesentliche Nachteile für die Finanzverwaltungen.

b) Umfassende Berücksichtigung von latenten Steuern auf Basis der Rechnungslegung (statt nur bis zu 15 % und für temporäre Differenzen von fünf Jahren).

Nach den derzeitigen Regelungen von Säule 2 dürfen passive latente Steuern nur mit einem Satz von 15 % berücksichtigt werden (statt beispielsweise 30 %, was der tatsächlichen deutschen Steuerbelastung entspricht) und nur, wenn sie innerhalb von fünf Jahren umgekehrt werden. Dies ist aus zwei Gründen problematisch:

- Erstens bleibt ein Teil der tatsächlichen Steuerbelastung unberücksichtigt.
- Zweitens führt es zu einem hohen administrativen Aufwand, da es keine direkte Übernahme aus der Rechnungslegung erlaubt, in der latente Steuern automatisch erfasst werden. Stattdessen muss für Säule 2 eine komplexe Sonderberechnung durchgeführt werden.

Der temporäre qualifizierte CbCR-Safe-Harbour (in Form des vereinfachten Effektivsteuersatztests) trägt diesem Unterschied Rechnung, indem er latente Steuern so berücksichtigt, wie sie in der Rechnungslegung ausgewiesen werden. Diese Regelung sollte in die Vollberechnung übernommen werden. Lediglich Anpassungen bzw. der Nichtansatz einer aktiven latenten Steuer, z. B. aufgrund fehlender Werthaltigkeit, sollten zugunsten eines Vollansatzes der latenten Steuern korrigiert werden; dies dann sowohl im Safe-Harbour als auch bei der Vollberechnung.

Die Nachversteuerungsregelung („DTL Recapture“) verursacht durch das notwendige Tracking von DTL erheblichen Aufwand. Sie sollte abgeschafft werden. Alternativ könnte eine Beschränkung auf missbräuchliche Gestaltungen und solche Fälle erfolgen, bei denen es zu einem erheblichen zeitlichen Auseinanderfallen von handels- und steuerrechtlich zu berücksichtigendem Aufwand der Periode kommt. Der Betrachtungszeitraum von 5-Jahren erscheint dagegen zu kurz gewählt.

c) Sonderregime für Investmenteinheiten abschaffen oder zumindest vereinfachen

Das Sonderregime für Investmenteinheiten in den §§ 72 ff InvStG („Investment Blending Circle“) verkompliziert die Mindeststeuer-Berechnungen. Außerdem führt es zu fragwürdigen Besteuerungsergebnissen. U. a. wird das deutsche Investmentsteuerrecht mit seinem austarierten System der Besteuerung von Investmenterträgen auf Fonds- und auf Anteilseignerebene konterkariert.

Eine wesentliche Ursache der Probleme sind dabei die Einschränkungen für das Thesaurieren von Fondserträgen. Bei Ausübung des Wahlrechts nach § 74 MinStG (Wahlrecht für steuerpflichtige Ausschüttungen von Investmenteinheiten) ist eine 4-Jahresfrist zu beachten. Bei Überschreiten dieser Frist entstehen auf nicht ausgeschüttete Beträge Mindeststeuern (§ 74 Abs. 2 Nr. 3, Abs. 5 Nr. 1 MinStG). Die Mindeststeuern können auch bei späterer Ausschüttung nicht beim Anteilseigner angerechnet werden, obwohl das Mindeststeuerkonzept die Steuerneutralität von Fonds anerkennt.

4-Jahresfrist für nicht ausgeschüttete Investmenterträge zu kurz

Die Maximalfrist für mindeststeuerfrei thesaurierbare Investmenterträge (Abs. 5 Nr. 1) ist für die Gegebenheiten in der deutschen Versicherungspraxis zu kurz.

Versicherungsunternehmen nutzen die in den Fonds angesammelten Kapitalerträge zur Stabilisierung der Kapitalerträge, um ihren langfristigen Verpflichtungen gegenüber den Versicherungsnehmern nachkommen zu können und um beispielsweise lebenslange Renten im Rahmen der betrieblichen Altersversorgung auszahlen zu können. Angesichts der obligatorischen finalen zusätzlichen Besteuerung von 15 Prozent, die gem. § 74 MinStG nach vier Jahren erfolgen würde, wäre es kaum noch möglich, die Fondserträge langfristig im Sinne der Versicherungsnehmer zu thesaurieren. Der Spezialfonds würde damit aus der Sicht der Versicherungsunternehmen wesentlich unattraktiver, da er sich nur noch eingeschränkt zum Aufbau von Risikopuffern nutzen lässt. Das Problem wäre durch eine Verlängerung der 4-Jahresfrist auf mindestens 10 Jahre lösbar.

Mindestbesteuerungsanforderung für Wahlrechtsausübung unpraktikabel

Zudem ist derzeit unklar, wie Aktienfonds, die als sog. Kapitel III-Fonds besteuert werden, die 15 % Mindestbesteuerungsanforderung für Fondsausschüttungen nachweisen sollen, um das Wahlrecht nach § 74 MinStG in Anspruch nehmen zu können. Hintergrund ist die Steuerbefreiung nach § 8b KStG, die nach dem semi-transparenten Besteuerungsprinzip des InvStG an den Anteilseigner weitergereicht wird, indem Fondsausschüttungen entsprechend steuerbefreit werden. Die Steuerbefreiung führt in unterschiedlichen Perioden zu einer abweichenden effektiven Besteuerung. Auch an dieser Stelle wird das deutsche Steuersystem durch die Mindeststeuer konterkariert. Dies kann dazu führen, dass Aktienfonds als Anlagevehikel in Zukunft nicht mehr gewählt werden.

Vereinfachung bei der Mindeststeuer-Gewinnermittlung

In der Praxis werden die Abschlüsse von Fonds aus Administrations- und Komplexitätsgründen teilweise nicht als HB II in den Konzernrechnungslegungsstandards (IFRS, HGB) übergeleitet. Die Fonds werden in diesem Fall im Rahmen eines vereinfachten Reportings mit dem Nettovermögenswert im Konzernabschluss berücksichtigt. Die Aussagekraft des Abschlusses wird hierdurch nicht beeinträchtigt. Die für eine Ermittlung des Mindeststeuergewinns erforderlichen Daten, etwa zur Identifizierung von Dividenden aus Schachtelbeteiligungen, sind für Anleger oft nicht verfügbar. Das betrifft Fonds, an

denen auch außenstehende Anleger beteiligt sind. Wird das Wahlrecht nach § 74 MinStG (Wahlrecht für steuerpflichtige Ausschüttungen von Investmenteinheiten) ausgeübt, muss der Betrag des sog. nicht ausgeschütteten Mindeststeuer-Gesamtgewinns ermittelt werden. Hierzu muss ermittelt und über viele Jahre nachgehalten werden, in welcher Höhe der gruppenzugehörige Anleger an Investmenterträgen eines Jahres beteiligt ist und wie lange diese als nach der Berechnungsmethodik des § 74 Abs. 4 MinStG thesauriert gelten. Das Ein- und Austreten außenstehender Anleger führt jedoch dazu, dass die Beteiligungsquote des gruppenzugehörigen Anlegers an den Investmenterträgen ständig schwankt.

Vor diesem Hintergrund sollte eine zusätzliche Vereinfachungsoption zur Verfügung gestellt werden. Diese könnte darin bestehen, dem gruppenzugehörigen Anleger zu erlauben, den Nettovermögenswert seines Fondsanteils in seinem Mindeststeuer-Gewinn zu erfassen. Dieser Wert ist für ihn einfach verfügbar. Auf diese Weise würden die thesaurierten Investmenterträge laufend beim Anleger mindeststeuerlich erfasst.

Petitum:

Das Sonderregime für Investmenteinheiten sollte abgeschafft oder zumindest wesentlich vereinfacht werden.

d) Flexibilisierung der Equity Investment Inclusion Election (§ 39 MinStG)

Gem. § 39 Abs. 3 MinStG ist das Wahlrecht nach Absatz 1 für alle von Geschäftseinheiten eines Steuerhoheitsgebiets gehaltenen Schachtelbeteiligungen einheitlich auszuüben. Damit wird Absatz 97.4. zu Artikel 3.1. der GloBE-Mustervorschriften umgesetzt. Das Wahlrecht kann derzeit nur einheitlich für ein Steuerhoheitsgebiet ausgeübt werden. Die Voraussetzungen, die eine Ausübung des Wahlrechts sinnvoll machen, unterscheiden sich jedoch in den einzelnen Blendingkreisen. Z. B. unterscheiden sich die Ermittlungsregelungen für Investmenteinheiten erheblich von denen „normaler“ Geschäftseinheiten. Daher sollte das Wahlrecht für jeden Blendingkreis separat ausgeübt werden können.

Petition:

Das Wahlrecht zur Steuerpflicht von Gewinnen und Verlusten bei Eigenkapitalbeteiligungen sollte für verschiedene Blendingkreise innerhalb einer Jurisdiktion unterschiedlich ausgeübt werden können.

e) Erleichterungen hinsichtlich der geforderten Datenqualität für sog. unwesentliche Einheiten

Werden unwesentliche Einheiten nicht konsolidiert, fehlt es an einem Reporting Package, das den Anforderungen der Mindeststeuer entspricht. Der derzeitige Safe-Harbour, der vereinfachte Berechnungen nach §§ 79, 80 MinStG zulässt, ist unattraktiv, weil danach der Gewinn mit dem Umsatz lt. CbCR gleichgesetzt werden muss.

Petition:

Unwesentliche Einheiten sollten aus dem Anwendungsbereich der Mindeststeuer herausgenommen werden. Alternativ sollten sinnvolle Vereinfachungslösungen bereitgestellt werden, die es zulassen, dass die jeweils für eine unwesentliche Einheit verfügbare Daten zur Effektivsteuersatzberechnung herangezogen werden können. Das können bspw. die im CbCR verwendeten Daten, wie das Jahresergebnis vor Ertragsteuern und Steueraufwand sein.

f) Vermeidung von der Konzernrechnungslegung abweichender Werte des bilanzierten Vermögens.

Die Regelungen sehen für zahlreiche Fälle vor, dass Vermögensgegenstände für Zwecke der Mindestbesteuerung mit Werten anzusetzen sind, die von den Wertansätzen in der Rechnungslegung abweichen. Das Mindeststeuergesetz fordert u. a. in Umwandlungsfällen, aber auch bei Verrechnungspreisanpassungen separate GloBE-Buchwerte.

Die Entwicklung und Fortführung separater Bilanzansätze allein für Mindeststeuerzwecke führt zu erheblichem zusätzlichem Aufwand. Aufgrund der Vielzahl von Anwendungsfällen erscheint derzeit eine separate Mindeststeuerbilanz (GloBE-Ledger) unumgänglich. Neben der Entwicklung und Fortführung separater

Bilanzansätze ist jeweils auch eine Neuberechnung der latenten Steuern auf Basis der angepassten Buchwerte notwendig.

Die Erfassung separater GloBE Buchwerte erscheint vor dem Hintergrund des enormen administrativen Aufwands nicht gerechtfertigt. Insbesondere da Abweichungen zwischen steuerlichen und bilanziellen Buchwerten im Regelfall mit latenten Steuern belegt sind und damit keinen ETR-Effekt haben.

Petition:

Die Fälle abweichender Mindeststeuerwerte sollten vermieden werden.

3. Weitere Vorschläge

a) Verteilung der Top-up Tax auf die verursachenden Einheiten

Derzeit fehlen Regelungen zu Steuerumlagen. Wenn eine oberste Muttergesellschaft zahlt, wird diese u.U. Rückgriff bei den verursachenden Einheiten nehmen wollen. Hier stellt sich dann die Frage der steuerlichen Behandlung bei den beteiligten Gruppeneinheiten.

Petition:

Es wären Regelungen zum globalen Ausgleichsmechanismus hilfreich, anhand dessen die Weiterbelastungen innerhalb von Konzernen ohne weitere steuerliche Konsequenzen möglich wären.

b) Integration von länderspezifischen Steueranreizen in die Mindeststeuerregelungen

Laut Abschnitt 3.2.4 der OECD-Modellregeln sollen anerkannte steuerliche Zulagen („Qualified Refundable Tax Credits“) als Einkommen bei der Berechnung des GloBE-Einkommens oder -Verlusts einer Konzerngesellschaft behandelt werden. Eine anerkannte steuerliche Zulage ist definiert als eine Gutschrift, die so strukturiert ist, dass sie einer Konzerngesellschaft innerhalb von vier Jahren nach Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen als Barauszahlung oder gleichwertig zur Verfügung steht. Um als anerkannt zu gelten, muss jeder ungenutzte Betrag der Steuergutschrift

entweder als Barauszahlung oder gleichwertig ausgezahlt werden. Nicht anerkannte steuerliche Zulagen („Non-Qualified Refundable Tax Credits“) werden nicht als Einkommen in der Berechnung des GloBE-Einkommens oder -Verlusts behandelt, sondern reduzieren stattdessen die erfassten Steuern einer Konzerngesellschaft. Falls Steuergutschriften nicht regelmäßig als Bargeld oder Äquivalent ausgezahlt, sondern nur durch eine Reduzierung der Steuerlast der Gesellschaft realisiert werden, könnte eine strikte Interpretation der Modellregeln solche Gutschriften als nicht auszahlbar klassifizieren. Dies könnte erhebliche Auswirkungen auf die effektive Steuerquote der Steuerjurisdiktion haben. Die so vorgenommene Einteilung der steuerlichen Zulagen ist sehr grob und sorgt für – gewollte oder ungewollte – Kollateralschäden.

Petition:

Jede Art von Steuergutschrift sollte als „Qualified Refundable Tax Credit“ anerkannt werden. Wir setzen uns aber zumindest dafür ein, dass Förderungen von wissenschaftlichen, berufsbildenden und kulturellen Zwecken sowie umwelt- und strukturpolitisch wünschenswerte Investitionen als förderfähige Steueranreize anerkannt werden und diese z. B. über eine Whitelist zu definieren.

c) Steuererstattungen für Vorjahre

Art. 4.6.1 (§ 52 Abs.2 MinStG) regelt die Behandlung von Anpassungen von Steuerverbindlichkeiten, d. h. Steuernachzahlungen und -Erstattungen, für Vorjahre. Wenn die nachträgliche Anpassung zu einer Verringerung der erfassten Steuern für ein Vorjahr führt, sind der effektive Steuersatz (ETR) und die Top-up Tax für das betroffene ursprüngliche Geschäftsjahr neu zu berechnen (→ vgl. Art. 5.4.1). In der Literatur ist umstritten, ob diese Regelung auch auf Steuererstattungen, die für Jahre vor Einführung des Mindeststeuergesetzes / OECD Model Rules Anwendung finden, in dem Jahr zu berücksichtigen sind, indem diese im Konzern-/Jahresabschluss erfasst werden.

Petition:

Es sollte klargestellt werden, dass die Erstattung von Ertragsteuern für Vorjahre - vor Einführung des Mindeststeuergesetzes/OECD Model Rules - im aktuellen Geschäftsjahr zu keiner Top-up Tax führt. Dies sollte insbesondere dann gelten,

wenn dies das Ergebnis eines bilateralen (oder multilateralen) Verständigungsverfahrens zwischen zwei oder mehreren nationalen Steuerbehörden ist.

d) Berücksichtigung der steuerlichen Qualifikation von Finanzierungen bei der GloBE-Ermittlung

Die strikte Bindung der GloBE-Regeln an die handelsrechtliche Bilanzierung kann in Fällen divergierender Einordnungen von Finanzierungsinstrumenten zu systematischen Verzerrungen und damit zu unbeabsichtigten/ungerechtfertigten TopUp Tax Belastungen führen:

- **Abweichende Einordnung von Fremd- und Eigenkapital**

Nach den OECD TP Guidelines (Kap. 10.4 ff.) können zivilrechtlich als Darlehen ausgestaltete Finanzierungen steuerlich als Eigenkapital zu behandeln sein. Sollte sich eine Finanzierung steuerlich als Eigenkapital qualifizieren, wirkt sich dies nicht auf deren bilanzielle Darstellung aus. In Folge wären Zahlungen auf das zivilrechtlich und bilanziell als Fremdkapital/steuerlich als Eigenkapital zu behandelnde Instrument für bilanzielle Zwecke auf Ebene des Zahlenden bilanzieller Aufwand – steuerlich hingegen als (verdeckte) Gewinnausschüttung nicht einkommensmindernd. Zinszahlungen auf solche Finanzierungen sind steuerlich grds. und in vielen Jurisdiktionen auf Ebene des Empfängers als (verdeckte) Gewinnausschüttungen steuerfrei, wohingegen diese auf Ebene des Zahlenden steuerlich nicht mindernd erfasst werden. Auf Ebene des Empfängers verhindert die Definition des Art. 10.1 ‚Excluded Dividends‘ GMR iVm Art. 3.2.1 lit. b GMR – in Ermangelung einer Zahlung aus einem ‚Ownership Interest‘ (Art. 3.1. ‚Ownership Interest‘ GMR) – eine Kürzung aus dem GloBE Income. Das GloBE Income ist also höher als das steuerliche Einkommen und birgt somit das Risiko, dass einer Top-up tax. Vice Versa, tritt auf Ebene des Zahlenden eine Minderung des GloBE Income ein, welche steuerlich grds. nicht vorhanden ist (Nichtabzugsfähigkeit von Ausschüttungen). Ferner besteht das Risiko, dass solche Fälle unberechtigtweise in den Anwendungsbereich des Art. 3.2.7. GMR fallen. Ein weiteres Beispiel ist die Einordnung von Genussrechten; siehe BMF-Schreiben vom 11. April 2023 zur Ertragsteuerlichen Behandlung von Genussrechten.

- **Wertberichtigte Forderung (oder Veräußerungen bzw. Erlass)**

Wurde eine Gesellschafterforderung eines körperschaftsteuerpflichtigen Gesellschafters wertberichtigt, ist der hieraus resultierende Aufwand in

Deutschland grundsätzlich nicht steuerlich abzugsfähig (§ 8b Abs. 3 S. 4 KStG). Bilanziell hingegen ist dieser Aufwand in die G&V und damit für Zwecke der Mindestbesteuerung im Mindeststeuergewinn mindernd enthalten. In Folge fällt der Mindeststeuergewinn geringer aus als die körperschaft-/gewerbsteuerliche Bemessungsgrundlage. Vice Versa sind Wertzuschreibungen auf Gesellschafterforderungen bilanziell erfasst und damit im Mindeststeuergewinn enthalten. Steuerlich hingegen bleibt dieser Ertrag aus der körperschaft-/gewerbsteuerlichen Bemessungsgrundlage raus (§ 8b Abs. 3 S. 9 KStG). Dieser Effekt kann dazu führen, dass eine Niedrigbesteuerung gegeben und in Folge TopUp Tax ausgelöst wird. Solche Effekte können auch bei bekannten Sanierungsinstrumenten wie z. B. einem Forderungsverzicht gegen Besserungsschein eintreten. § 41 MindStG ist in diesen Fällen nicht anwendbar. Ursächlich für diesen Effekt ist eine ‚fehlerhafte‘ Definition des Ownership Interest‘ des Art. 3.2.1. lit. c GMR.

Petition:

Es sollte klargestellt werden, dass für Zwecke der GloBE-Berechnung die **steuerliche Einordnung von Finanzierungsinstrumenten maßgeblich** sein muss – unabhängig von der handelsrechtlichen Behandlung. Eine mögliche Lösung wäre die Anpassung der Definition des *Ownership Interest*.

e) Berücksichtigung von Joint Ventures und Joint-Venture-Gruppen

Art. 6.4.1 OECD-Model Rules und § 67 Abs. 1 MinStG sehen vor, dass der Steuererhöhungsbetrag (Top-Up Tax) für Joint Ventures und Joint-Venture-Gruppen wie für eine selbständige Unternehmensgruppe berechnet wird. Gemäß § 95 Abs. 1 S. 7 MinStG sind Joint-Ventures und Joint-Venture-Tochtergesellschaften für diesen Zweck zur Auskunft gegenüber der steuererklärungspflichtigen Geschäftseinheit verpflichtet. Da Joint Ventures und Joint-Venture-Gruppen nicht von der obersten Konzerngesellschaft kontrolliert werden, ist die Auskunftspflicht dieser Geschäftseinheiten und die Sicherstellung der Berechnung des Steuererhöhungsbetrags für diese regelmäßig nicht durchsetzbar. Joint-Venture Verträge untersagen regelmäßig die Bereitstellung der für GloBE-Zwecke erforderlichen Daten.

Petition:

Joint Ventures und Joint-Venture-Gruppen im Sinne der Definition (10.1.1. bzw. § 67 Abs. 4 MinStG) sollten aus dem Anwendungsbereich der Mindeststeuer

ausgenommen werden, da die Bereitstellung der erforderlichen Daten der Joint-Venture-Geschäftseinheiten regelmäßig rechtlich nicht durchgesetzt werden kann.



GERMAN CHAMBER OF COMMERCE
AND INDUSTRY (DIHK)
Breite Str. 29, 10178 Berlin



FEDERATION OF GERMAN INDUSTRIES (BDI)
Breite Str. 29, 10178 Berlin



GERMAN CONFEDERATION OF SKILLED
CRAFTS AND SMALL BUSINESSES (ZDH)
Mohrenstr. 20/21, 10117 Berlin



CONFEDERATION OF GERMAN EMPLOYERS'
ASSOCIATIONS (BDA)
Breite Str. 29, 10178 Berlin



ASSOCIATION OF GERMAN BANKS (BDB)
Burgstr. 28, 10178 Berlin



GERMAN INSURANCE ASSOCIATION (GDV)
Wilhelmstr. 43/43G, 10117 Berlin



GERMAN RETAIL FEDERATION (HDE)
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin



FEDERATION OF GERMAN WHOLESALE,
FOREIGN TRADE AND SERVICES (BGA)
Am Weidendamm 1A, 10117 Berlin

**European Commission
Berlaymont Building
Rue de la Loi 200 / Wetstraat 200
1040 Brussels, Belgium**

via e-mail

March 3, 2025

German Economy Proposal on EU's Tax Simplification Initiative

Dear

On behalf of the undersigned German business associations, we would like to express our sincere appreciation for the European Commission's prioritization of the competitiveness of the European economy during this legislative term and offer our contribution to the ongoing debate.

Over the past decade, a multitude of new regulatory measures has significantly complicated the corporate tax landscape, thereby limiting the advantages of the EU's single market. These include, among others, the several amendments on the Directive on Administrative Cooperation (DAC), (public) country-by-country reporting, the Anti-Tax Avoidance Directive (ATAD), and minimum taxation (Pillar 2). Such complex regulations, often pursuing similar objectives, pose the risk of impeding cross-border activities and weakening Europe's competitiveness compared to other global markets. Recent developments in the U.S., such as the withdrawal of the Trump administration from the OECD's global tax plan and the announcement of retaliatory measures against companies from states with discriminatory or extraterritorial taxes, have made the issue of EU companies' competitiveness even more urgent.

In this context, the European Union must take immediate and decisive action to safeguard the interests of its companies. It is imperative that the EU engage in direct negotiations with the U.S. to prevent any retaliatory measures against European businesses operating there. Given the ongoing U.S. resistance to the implementation of Pillar 2, the EU should reassess its position on minimum taxation. This reassessment should carefully consider whether the administrative

burdens associated with Pillar 2 are justified by the objective of establishing a global tax floor. Unless there is broad international support, including particularly from the US, the EU should not move forward with the implementation.

Additionally, it is essential that the EU undertakes a comprehensive review aimed at simplifying the current complex minimum taxation framework. This could involve the introduction of whitelisting jurisdictions, the establishment of permanent safe harbors, and the removal of non-essential but complicated elements such as the investment blending circle. As an initial step, we strongly recommend suspending the minimum taxation directive to provide the necessary time for such reforms to be considered.

At the same time, the Commission should continue its commitment to reduce reporting obligations by at least 25% (and by 35% for SMEs) – also in the tax area. In this context, we urge the Commission to show a high level of ambition and not to limit itself to addressing only the "low-hanging fruits." Commissioner Hoekstra's initiative to stress-test existing EU tax law is an important step in this direction. We advocate for a comprehensive evaluation of current tax regulations, with a focus on overlaps and unnecessary compliance costs. In particular, we see great potential in the ongoing evaluations of the Anti-Tax Avoidance Directive (ATAD) and the Directive on Administrative Cooperation (DAC). Beyond these measures, targeted actions could help streamline the fragmented tax framework. Achieving a genuine level playing field should remain a shared guiding principle. However, any future initiatives to harmonize tax law should take compliance costs into account more than in the past and should be regularly evaluated in terms of costs and benefits.

Aligning tax policy with business realities, along with the simplification and modernization of the tax framework, would foster cross-border investments and significantly enhance the EU's global competitiveness. In this context, we would like to highlight the following specific proposals:

1. Eliminate Inconsistencies

a) Address overlaps and redundant rules

Example: Align CFC rules, hybrid mismatches and interest limitation in the ATAD and council conclusions on the EU list of non-cooperative jurisdictions with the GloBE rules to avoid double taxation and any double reporting requirements for the same purpose.

b) Create a unified framework where necessary – reduce possibilities for goldplating

Example: Harmonize definitions in the interest limitation and the calculations for exit taxation in the ATAD.

2. Facilitate Targeted Administration

a) Develop purpose-driven reporting

Example: Insure a fit-for-purpose test with a clear target: provisions that no longer serve a clear purpose should be eliminated.

b) Simplify procedures for low-risk activities

Example: The temporarily applicable CbCR Safe Harbor must be improved and established as a permanent simplification measure and administrative obligations for tax neutral processes must be lowered significantly.

3. Consider best practices and develop pragmatic solutions

Finally, we would like to point out that in addition to the planned initiative for the reduction of burdensome tax regulations it will also be necessary to implement business-friendly measures fostering business activities in the single market.

We remain committed to contributing constructively to this dialogue and stand ready to support further discussions on these matters.

Yours sincerely,

GERMAN CHAMBER OF COMMERCE AND
INDUSTRY

FEDERATION OF GERMAN
INDUSTRIES (BDI)

GERMAN CONFEDERATION OF SKILLED
CRAFTS AND SMALL BUSINESSES (ZDH)

CONFEDERATION OF EMPLOYER'S
ASSOCIATIONS (BDA)

ASSOCIATION OF GERMAN BANKS (BdB)

GERMAN INSURANCE ASSOCIATION (GDV)

GERMAN RETAIL FEDERATION (HDE)

FEDERATION OF GERMAN WHOLESale,
FOREIGN TRADE AND SERVICES (BGA)

Annex

In September 2023, the German Federal Ministry of Finance established an independent expert commission tasked with developing concrete proposals for practical and politically feasible solutions for a modern and future-proof tax system. Experts from both practice and academia convened to explore approaches for further simplification and debureaucratization of corporate taxation, to examine potential improvements for reliable and predictable tax enforcement, and to discuss the consequences and opportunities for national legislation arising from international developments. In this context, they also addressed proposals for international tax law. The corresponding recommendations of the expert commission of the Federal Ministry of Finance (hereinafter referred to as the German expert commission) have been incorporated here.

Proposals in detail:

I. Eliminate Inconsistencies

The global minimum tax creates redundancies in anti-abuse regulations, leading to unnecessary duplication of compliance efforts. By a targeted and specific alignment with the regulations of Pillar 2, these simplifications could already be implemented during a suspension phase. In this context, we fully support the Commissioner Hoekstra's approach subjecting all relevant regulations to a comprehensive review. Unnecessary or duplicate provisions should be abolished, and overly stringent standards ("gold-plating") should be scaled back to the essential minimum:

1. Remove overlaps and redundant rules by aligning directives

Redundant regulations impose excessive compliance burdens on businesses and should be systematically evaluated and eliminated. In this context, existing defensive measures, such as controlled foreign corporation (**CFC**) rules and **interest limitation provisions** under the Anti-Tax Avoidance Directive (**ATAD**), should be reviewed not only but also in the context of the Global Minimum Tax. As part of this review, the German expert commission advocates for the **abolition of CFC rules**¹. We fully

¹ Both Germany's controlled foreign corporation (CFC) rules and the internationally agreed minimum taxation independently ensure an appropriate minimum tax burden of 15 percent, resulting in overlapping systems. The coexistence of these two regulatory frameworks not only imposes double bureaucratic burdens on affected companies but also creates a risk of double taxation. This contradicts the international consensus among the member states of the Inclusive Framework, which aims to avoid double taxation through the introduction of a global minimum tax.

support this recommendation. If a complete abolition of CFC rules is not politically feasible, these rules must at least be eliminated for businesses already subject to the global minimum tax. For all other companies, CFC rules should be simplified, e.g. by using financial accounts as the starting point with a few adjustments for calculating the effective tax rate of controlled foreign companies similar to the mechanics of the Global Minimum Corporate Tax. The objective of the interest limitation rule also overlaps with that of the Global Minimum Tax. Therefore, the **abolition of the interest limitation rule for businesses subject to the minimum tax** should be considered and implemented through an amendment to the Anti-Tax Avoidance Directive (ATAD).

The rules on **hybrid mismatches** under Articles 9, 9a and 9b of the ATAD serve as one of many examples of extremely complex and barely practicable EU tax legislation. A rethinking and renegotiation of the ATAD is urgently needed in this context. It remains imperative to specify the residual abuse potential to justify retaining the anti-hybrid rules alongside the controlled foreign corporation (CFC) rules under Articles 7 and 8 of the ATAD and the minimum taxation. Given that the EU Minimum Tax Directive ensures at least a 15 percent tax burden even in cases of tax mismatches, it would be prudent to **forgo specific anti-hybrid rules altogether**. This recommendation, which originates from the German expert commission, is one that we, the undersigned business associations, fully support. At the very least, these rules should be narrowed by eliminating the application to imported mismatches², removing the extension to structured arrangements with third parties³, and limit anti-hybrid rules to entities within the same group, connected by a controlling interest, instead.

Furthermore, the 2021 **Council conclusions on the EU list of non-cooperative jurisdictions** must be **revised** in light of the subsequently adopted minimum taxation rules. Here, too, we align with the recommendations of the German expert commission. The special sanctions for non-cooperative jurisdictions can be integrated into the minimum taxation framework by denying Safe Harbour provisions (see below). Any additional adverse tax consequences aimed at influencing the

² The provision imposes excessive compliance costs by requiring to verify the tax treatment of, not only the other party involved in the transaction, but also other parties further down in the transaction chain to ensure that no hybrid mismatches are involved. If not entirely repealed, it should be limited to those cases in which a controlling interest exists.

³ Exclude "structured arrangements" (as defined in Article 2(11)) from the scope of the anti-hybrid rules, as the complexity and ambiguity of these rules create significant compliance burdens.

behavior of non-cooperative jurisdictions through the indirect burdening of taxpayers are disproportionate.

2. Create a level playing field by harmonizing cross border relevant definitions and methods

In line with the recommendations of the German expert commission, Member States should strictly avoid exceeding the requirements of existing EU directives ("gold plating") and avoid further anti-abuse rules that undermine the fundamental principle of freedom of movement. At the same time, the European Commission must prioritize and systematically enforce the uniform implementation of existing directives across the EU. This dual approach is essential to achieving the harmonization goals of simplification and the elimination of mismatches. Currently, divergent definitions and calculation methods in tax law are interpreted inconsistently among EU Member States, creating misalignment with international frameworks. To avoid further fragmentation within the EU internal market, we strongly recommend a harmonized application of the following directives across all Member States:

- **ATAD**

In this context, we would also like to highlight the numerous contributions made by the individual associations signing this document (including through their European umbrella organizations) as part of the evaluation of the ATAD. These contributions include, among other things, the following proposals:

- Provide a standardized method for determining market value in the area of exit taxation
To eliminate ambiguity and reduce the administrative burden associated with exit taxation, it is essential that the scope of Article 5 be clarified, particularly regarding intra-group transfers of functions. Additionally, the introduction of a common standard for determining the market value of assets in cross-border transfers would ensure uniformity across the EU and facilitate smoother implementation of exit taxation rules. This would provide businesses with much-needed legal certainty and reduce the complexity of cross-border transactions.

- If not repealed CFC rules (Articles 7 and 8) should be amended as follows: According to Art. 7 par. 3 of the ATAD Member States may opt not to treat a financial undertaking as a CFC if one third or less of its income from the specific categories of passive income comes from transactions with the taxpayer or its associated enterprises. Sometimes, a financial undertaking for regulatory or commercial reasons holds assets or carries out specific functions through separate controlled entities. The privilege foreseen for financial undertakings should be extended to these holding entities, similar to the approach taken by Art. 1.5.2 of the OECD GloBE Model Rules. Furthermore, transactions with these holding entities should not count towards the one-third threshold. Therefore, we suggest the following amendments:
 1. Extend the optional exemption under Article 7 paragraph 3 to entities controlled by financial undertakings and primarily performing investment functions for controlling financial undertakings.
 2. Exclude transactions by a financial undertaking with entities controlled by it from the calculation of the one-third threshold for the optional exemption in Article 7 paragraph 3.

II. Facilitate Targeted Administration

1. Develop Purpose-Driven Reporting

In the past decade, an increasing number of tax reporting obligations have been introduced, many of which are not fully aligned and whose purpose remain unclear. However, the effort required for companies to prepare, maintain, and submit these reports is substantial and ongoing. Therefore, a **fit-for-purpose test** is required. Moreover, DAC provisions that **no longer serve a clear purpose should be eliminated**. For the Global Minimum Tax and the country-by-country reporting almost the same data must be reported. The EU should campaign at OECD level for the abolition of all reporting obligations that serve no clear purpose but are only maintained because the states have agreed to them in the past. Regarding the EU-level reporting obligation for cross-border tax arrangements for instance, the **DAC6** hallmark catalog is overly broad, often unclear, and imprecisely worded, lacking clear definitions for essential terms. Therefore, the German expert commission advocates for a **review of the relevant hallmarks** to assess their relevance and the introduction of materiality thresholds. The undersigned business associations support this and

recommend that, when evaluating the directive, its effectiveness in achieving its intended goal of uncovering new and previously unknown tax arrangements should be taken into account. If no significant results have been achieved in proportion to the high volume of reports, the regulation should be repealed. For any necessary DAC measures that remain, it is crucial to focus on simplifying processes without introducing any modifications to the criteria for reporting as that would increase complexity, costs and resource constraints for businesses. Simplification should remain the primary goal.

2. Targeted procedures for obviously low risk activities

- Simplify obligations for low-risk entities, such as national groups without cross-border activity⁴, and **make safe harbor rules based on CBCR data under Pillar 2 permanent**. The regulations of the Global Minimum Tax are extensive and highly complex. Efficient implementation is only possible with simplifications—so-called Safe Harbours, which allow for the simplified demonstration of an effective tax burden of at least 15 percent, thereby avoiding the need for a complex calculation of the effective tax rate for each country. The currently most significant Safe Harbour is the CbCR Safe Harbour, which, for a transitional period of three years, allows MNEs to use information they already collect in their CbC reports to avoid calculating Pillar 2 effective tax rates for their operations in lower-risk jurisdictions. However, the CbCR Safe Harbour can only be applied temporarily in fiscal years that begin on or before December 31, 2026, and end before July 1, 2028. After that, its application will no longer be possible due to its time limitation. The OECD/G20 Inclusive Framework plans to develop permanent simplifications/safe harbours over the next few years. Taxpayers need early clarity on the rules after the transitional CbCR-Safe-Harbour. Therefore, simplified rules should be stabilized well before the current transitional rules expire. Suspending the minimum taxation directive in light of recent international developments would allow to thoroughly evaluate simplification needs and to design appropriate solutions. It is important that the European Commission advocates for the timely formulation of permanent safe harbour regulations and/or other simplifications at the OECD level. For large scale domestic groups, a simplified reporting in the Global Information Return should be allowed permanently. For example, only jurisdictional data rather than by-entity data could be required.

⁴ Under the Minimum Tax Law, large German national groups without foreign residency currently face extensive reporting obligations, even though there is no possibility of profit shifting to low-tax jurisdictions due to the company structure.

- **Lower significantly administrative obligations for tax neutral processes** such as relocation of manufacturing tools within the EU by certain vehicle manufacturers (so-called OEMs). Ongoing monitoring requirements⁵, expanded reporting obligations⁶ and registration requirements⁷ occur even if the activity ends up in tax neutral ways. Against this background, it is proposed to significantly reduce the administrative burden by eliminating transfer reporting, freeing companies from registration requirements, and/or introducing a centralized EU reporting system, thus streamlining regulatory obligations for automobile manufacturers.

III. Consider best practices and develop pragmatic solutions

Increase the **flexibility of corporate financing** through a **reform of the interest limitation rule** (Article 4 ATAD). In the course of renegotiating the ATAD, efforts should be made to ensure that **double taxation** resulting from Article 4 of the ATAD **is avoided**, especially if the control of financing arrangements cannot be limited to the consistent application of the arm's length principle. If the limitation on interest deductibility is retained, it should be scaled back to focus on shareholder-related financing and the prevention of abuse. In this context, we agree with the proposals of the German expert committee. Specifically, the rule should be limited so that only the portion of the interest expenses exceeding 30 percent of EBITDA that is related to shareholder loans is excluded from deductibility, rather than the entire financing expense. Whether the use of debt financing for foreign operations, particularly the capitalization of foreign subsidiaries ("fat capitalization"), requires an interest limitation rule at all should be decided based on an evaluation of the global minimum tax's impact on the financing structures of international companies. A coherent solution to this issue would ultimately require international coordination regarding the allocation of debt positions within corporate groups. Moreover, a clearer and more specific definition of the term "interest" is needed, and the definition of net interest expenses should be aligned with GloBE rules for intra-group financing. A uniform definition within the EU, consistent with international frameworks, would enhance consistency and clarity for businesses operating across multiple jurisdictions. Furthermore, we advocate

⁵ Companies must ensure that no further taxable transactions occur in the affected countries. If they do, additional declarations are required, and retroactive adjustments to other settlements may be necessary. On top: Transfer Reporting: A variety of documents is required, which varies greatly between EU countries and can be difficult to obtain.

⁶ In some countries, special obligations such as real-time reporting or SAF-T reporting apply, resulting in IT adjustments and maintenance costs—even when no relevant revenues are generated.

⁷ Registration Requirements: The automobile manufacturer must be registered for tax purposes in both countries for the relocation. In cases where no further transactions occur in these countries, this results in unnecessary and cumbersome registrations and subsequent de-registrations.

for the introduction of a fixed allowance instead of a relatively freely interpretable threshold to ensure a clear and consistent reduction of burdens.